

JAHRESMEDIENKONFERENZ VOM 15. JANUAR 2019

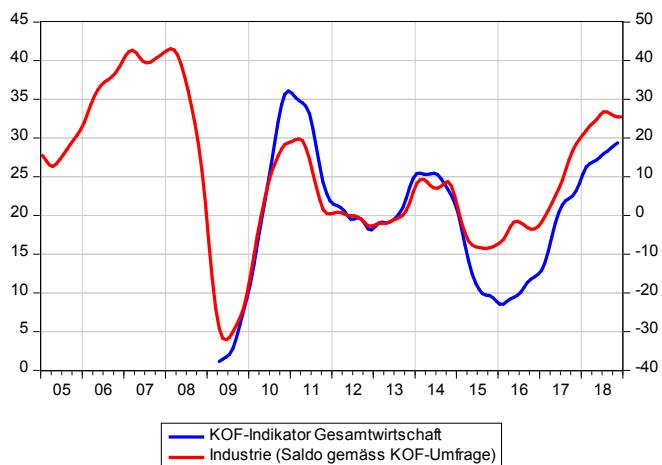
Daniel Lampart, SGB-Sekretariatsleiter und Chefökonom

Kaufkraftprobleme lösen

Seit mehr als zwei Jahren geht es in der Schweizer Wirtschaft aufwärts. Die Ertragslage der Firmen hat sich in einem Grossteil der Branchen markant verbessert. Im Unterschied zur finanziellen Situation der Arbeitnehmenden. Die Reallöhne kommen nicht vom Fleck. Die Beiträge für die Pensionskassen steigen, während sich die Rentenperspektiven Jahr für Jahr substanzuell verschlechtern. Dazu kommen die steigenden Krankenkassenprämien, welche Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen immer mehr belasten. Die Schweiz hat ein Kaufkraftproblem.

Geschäftslage der Firmen gemäss KOF-Umfrage

(Saison- und zufallsbereinigt)



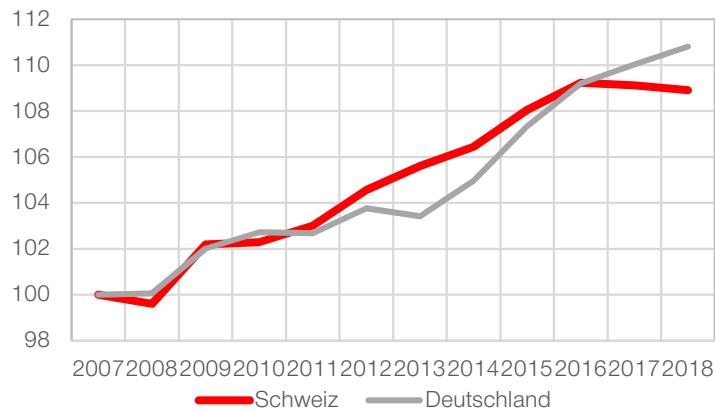
Quelle: KOF ETH

Lohnentwicklung: Trotz Aufschwung nicht mehr Geld zum Leben

Trotz Aufschwung gab es 2017 und 2018 nicht mehr Reallohn. Auch im laufenden Jahr zeichnet sich keine wesentliche Verbesserung ab. Die Nominallöhne steigen um ungefähr 1 Prozent. Die Teuerung dürfte leicht darunterliegen. Im besseren Fall wäre dann wieder das Lohnniveau von 2016 erreicht, aber kaum mehr. Sogar Deutschland, welches in der Vergangenheit durch die so genannte „Lohnzurückhaltung“ sozialpolitisch und volkswirtschaftlich negativ aufgefallen ist, hat mittlerweile ein stärkeres Lohnwachstum.

Entwicklung der Reallöhne

(2007=100, 2018 erste 3 Quartale, CH: Lohnindex, DE: Index der Bruttostundenverdienste)



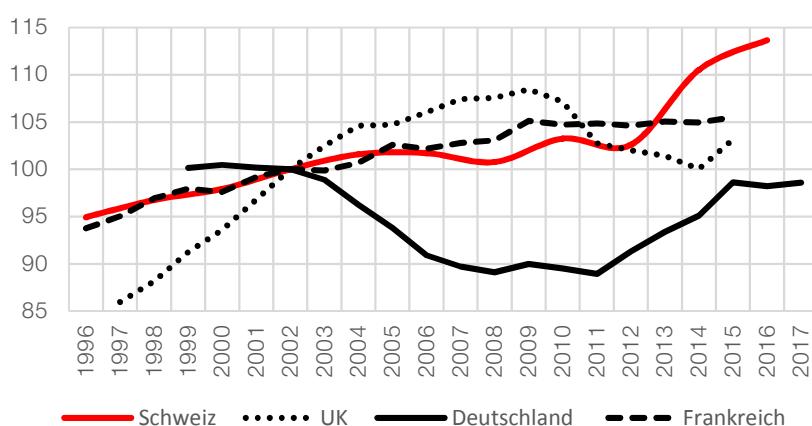
Quelle: BFS, Destatis Berechnungen SGB

Besonders betroffen sind langjährige MitarbeiterInnen. Während die Löhne von neu Eingestellten von 2010 bis 2016 gemäss der Lohnstrukturerhebung um 7.1 Prozent gestiegen sind, erhielten Arbeitnehmende mit 20 oder mehr Jahren Betriebszugehörigkeit nur 3.1 Prozent mehr Lohn.

Die Versuche von Bundesrat Cassis und seinen Bündnispartnern, die Flankierenden Massnahmen im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen zusammenzustreichen, birgt zusätzliche Gefahren. Die aktive Mindestlohnpolitik der Schweizer Gewerkschaften seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre hat zusammen mit den Flankierenden Massnahmen dazu geführt, dass die tiefen und mittleren Löhne in der Schweiz gestiegen sind. Im Unterschied zu zahlreichen anderen Ländern wie Deutschland oder Grossbritannien, wo die tiefen Löhne phasenweise sogar deutlich zurückgingen. Eine Schwächung der Flankierenden Massnahmen und der Gesamtarbeitsverträge wäre sozialpolitisch fatal. Diese Fortschritte würden aufs Spiel gesetzt. Und mit ihnen die Bilateralen Verträge insgesamt. Denn die Arbeitnehmenden müssen die Gewissheit haben, dass ihnen die Bilateralen nützen, damit sie ihnen zustimmen.

Entwicklung der Reallöhne – unterstes Dezil

(2002=100)



Quelle: BFS, statistische Ämter der jeweiligen Länder

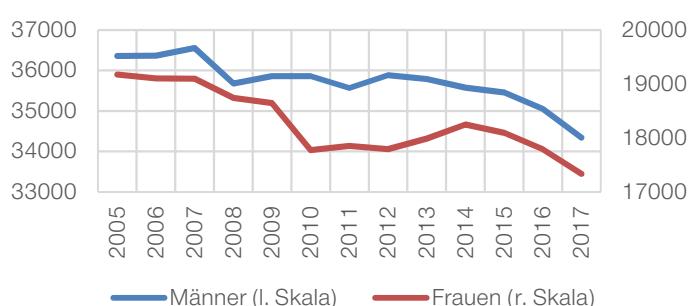
Sinkende Renten in der 2. Säule

Wesentlich schlimmer ist die Lage bei den Renten. Mehr als 10 Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise müssen die NeurentnerInnen in der Schweiz feststellen, dass die Krise nicht nur bei Privathaushalten in Italien und Spanien zu sinkenden Einkommen geführt haben, sondern auch in der Schweiz. Die Leistungen der 2. Säule der Schweizer Altersvorsorge sind wesentlich von den Renten auf den Finanzmärkten abhängig. Sie kommen aufgrund der historisch tiefen Zinsen - und den in jüngster Zeit gefallenen Aktienkurse – unter Druck.

Die Pensionskassenrenten sind seit 2005 im Mittel um fast 9 Prozent gesunken. Besonders stark war dies in den letzten drei, vier Jahren. Einerseits haben fast alle Kassen ihre Umwandlungssätze deutlich gesenkt. Andererseits wurden die Vorsorgeguthaben wesentlich weniger gut verzinst, so dass die heutigen NeurentnerInnen bei gleichem Lohn ein tieferes Altersguthaben besitzen. Diese Entwicklung setzt sich im laufenden Jahr fort. Eine Erhebung des SGB bei 42 Pensionskassen mit 775'000 Versicherten zeigt, dass der mittlere Umwandlungssatz 2019 von 5.8 auf 5.6 Prozent gesunken wird.

Pensionskassen: Reale Durchschnittsrenten

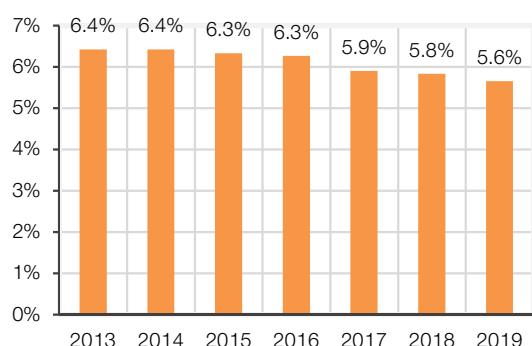
(Jahresrenten, Landesindex der Konsumentenpreise Dez. 2015=100)



Quelle: BFS-Pensionskassenstatistik, Berechnungen SGB

Umwandlungssätze der Schweizer Pensionskassen

(Mittelwert, gewichtet mit der Anzahl der aktiven Versicherten)

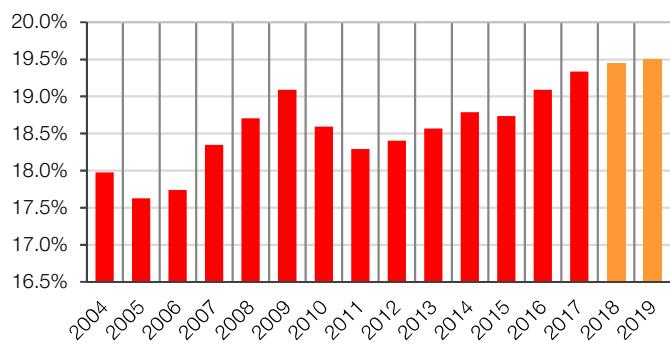


Quelle: Erhebung des SGB

Um noch stärkere Rentensenkungen zu verhindern, haben zahlreiche Pensionskassen ihre Beiträge erhöht. Vor der Finanzkrise lag der mittlere reglementarische Beitragssatz bei rund 18 Prozent. Gegenwärtig bewegt er sich in Richtung 19.5 Prozent. Immer mehr Versicherte stellen fest, dass sie in der 2. Säule mehr bezahlen müssen, um schliesslich doch weniger Rente zu erhalten.

Pensionskassen: Reglementarische Beiträge

(in Prozent der versicherten Löhne, 2018/19: Schätzung bzw. Prognose SGB)



Quelle: BFS-Pensionskassenstatistik, Berechnungen/Prognose SGB

Die lange selbst vom Bundesrat schlecht geredete AHV entwickelt sich hingegen stabil. Die Renten steigen leicht. Das Preis-Leistungsverhältnis ist für tiefe und mittlere Einkommen ausgezeichnet. Die ausgesprochen soziale Finanzierung der AHV über unbeschränkte Lohnbeträge und allgemeine Bundesmittel hat zur Folge, dass 92 Prozent der Versicherten mehr aus der AHV erhalten, als sie einzahlen. Die obersten 8 Prozent sind hingegen Nettozahler.

Die demografische Alterung führt zwar zu einem gewissen finanziellen Mehrbedarf. Dieser wäre aber beispielsweise bereits mit den höheren AHV-Beiträgen in der STAF-Vorlage bis gegen 2025 gedeckt.

Kaufkraftprobleme belasten Inlandnachfrage

Weil die Löhne stagnieren und die 2. Säule immer mehr Mittel benötigt, leidet die Inlandnachfrage – insbesondere der private Konsum. Dazu kommen die höheren Krankenkassenprämien, die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen zusätzlich belasten. Gemäss dem SGB-Verteilungsbericht hat sich die Prämienbelastung für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen seit dem Jahr 2000 unter dem Strich teilweise mehr als verdoppelt. Unsere Berechnungen zeigen, dass der Konsum pro Kopf nach Abzug der Ausgaben für Gesundheit real weitgehend stagniert. Es ist deshalb alles andere als überraschend, dass sich der Detailhandel in der Schweiz über Absatzprobleme beklagt.

Einkommen und Konsum in der Schweiz

(Wachstum in Prozent)

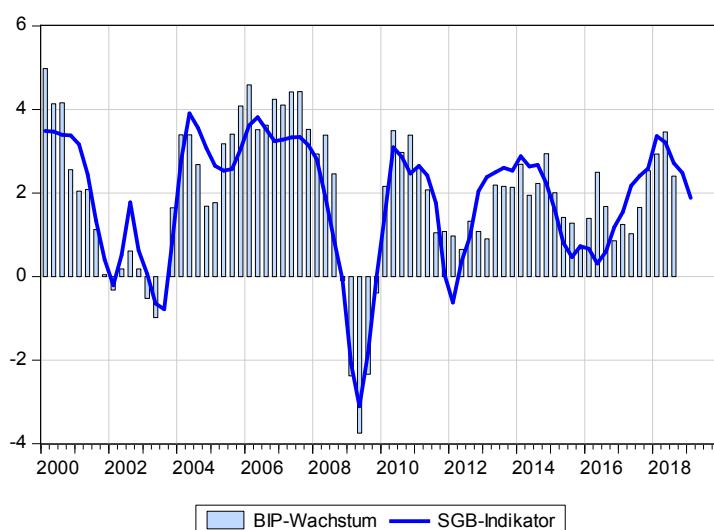
	2016-2017		1.-3. Quartal 2018	
	nominal	real	nominal	real
Gesamtlohnsumme	1.4%	0.9%	1.9%	1.0%
<i>Lohn pro Vzäq.</i>	1.0%	0.5%	0.0%	-0.9%
Verfügbares Einkommen	0.5%	0.0%	k.A.	k.A.
Private Konsumausgaben total	1.7%	1.2%	1.6%	1.0%
davon Gesundheitsausgaben	3.5%	k.A.	4.0%	k.A.
Private Konsumausgaben pro Kopf	0.9%	0.4%	0.8%	0.2%
Konsumausgaben ohne Gesundheit total	1.3%	k.A.	1.0%	k.A.
Konsumausgaben ohne Gesundheit pro Kopf	0.6%	k.A.	0.2%	k.A.

Konjunkturausblick intakt – Lohnerhöhungen würden helfen

Der SGB prognostiziert fürs laufende Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes von etwas unter 2 Prozent. Die Expansionskräfte haben sich in jüngster Zeit zwar etwas abgeschwächt. Insbesondere im Ausland. Die Produktionskapazitäten sind nach wie vor gut ausgelastet, so dass viele Unternehmen an ihren Investitionsplänen festhalten werden. Die Arbeitslosigkeit sinkt, was die Kaufkraft und den Konsum stärkt, selbst unter der gegenwärtigen schwierigen Kaufkraftsituation. Lohnerhöhungen würden in dieser Situation stabilisierend wirken. Die Arbeitslosenquote kommt 2019 voraussichtlich auf 2.4 Prozent zu liegen. Die Teuerung dürfte rund 0.5 Prozent betragen.

Wachstum des Bruttoinlandproduktes in der Schweiz und SGB-Vorlaufindikator

(In Prozent)



Quelle: Seco, SGB

Die teilweise aus Bankenkreisen geäußerten Forderungen an die Schweizerische Nationalbank SNB, vor der Europäischen Zentralbank EZB die Zinsen zu erhöhen, sind verantwortungslos. Der Franken ist nach wie vor deutlich überbewertet. Gemäss den SGB-Modellen liegt der „gleichge-

wichtige“ Franken-Euro-Kurs im Bereich von 1.25 Fr./Euro. Weil die Preisstabilität und die Konjunktur in der Schweiz zu einem beträchtlichen Mass vom Wechselkurs und insbesondere vom Franken-Euro-Kurs abhängig sind, hat die SNB die Zinspolitik seit Jahrzehnten am Euro- bzw. früher am D-Mark-Kurs ausgerichtet. Das hat auch die Wechselkurserwartungen auf den Finanzmärkten stabilisiert und grosse, schädliche Aufwertungen verhindert. Folgeschwer war hingegen die Geldpolitik der SNB Ende 2009 und Anfang 2010, als sie in einer Phase von Aufwertungsdruck den Devisenmarktteilnehmern signalisierte, dass sich der Franken unabhängiger vom Euro entwickeln soll als in früheren Zeiten. Sie trug damit zur folgenden, extremen Frankenaufwertung - bis zur Einführung des Mindestkurses - bei.

Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen und Forderungen

Die Kaufkraftprobleme in der Schweiz müssen gelöst werden.

- In der Altersvorsorge braucht es eine Stärkung der AHV mit ihrem ausgezeichneten Preis-Leistungsverhältnis. Der SGB erarbeitet zurzeit einen Initiativtext für eine 13. AHV-Rente.
- In der 2. Säule dürfen keine Gewinne auf Kosten der Versicherten gemacht werden. Dazu braucht es Gewinneinschränkungen für Lebensversicherer, Transparenz in Bezug auf die Verwaltungskosten und einheitliche, verständliche Vorsorgeausweise. Zur Verbesserung des Preis-Leistungsverhältnisses sollte die Umlagekomponente im BVG gestärkt werden.
- Die Löhne müssen substanziell steigen. Insbesondere bei langjährigen MitarbeiterInnen und bei den Frauen.
- Zur Verbesserung der Lohnsituation der Frauen müssen die im neuen Gleichstellungsgesetz vorgeschriebenen Lohnüberprüfungen rasch und konsequent durchgeführt werden. Weiter braucht es mehr Mittel für die ausserhäusliche Kinderbetreuung.
- Beim Rahmenabkommen müssen die vom Bundesrat im Jahr 2013 beschlossenen roten Linien weiterhin gelten. Die Flankierenden Massnahmen dürfen nicht aufgeweicht werden. Im Gegenteil: Es braucht es mehr Schutz und mehr Gesamtarbeitsverträge mit guten Mindestlöhnen.
- Zur finanziellen Entlastung der Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen sind mehr Krankenkassen-Prämienverbilligungen nötig. Der SGB unterstützt die entsprechende Volksinitiative, so dass niemand mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss.
- Die Geldpolitik muss aktiv dafür sorgen, dass der Franken fair bewertet ist. Eine isolierte Zinserhöhung der SNB – wie von Bankenkreisen gefordert – wäre hingegen fatal.
- Die Schweizerische Nationalbank darf dem AHV-Ausgleichsfonds (compenswiss) jedoch keine Negativzinsen belasten. Weiter sollen die Einnahmen der SNB aus den Negativzinsen an die 2. Säule ausgeschüttet werden (Verteilung über den Sicherheitsfonds).